

Anja Kruke/Meik Woyke

Editorial

Seit dem späten 19. Jahrhundert haben wissenschaftliche Erkenntnisse auf alle Dimensionen von Politik eingewirkt und sie im Wechselspiel mit den Medien zunehmend verändert. Vor allem nach 1945 etablierten sich Wissenschaftsdisziplinen mit Expertinnen und Experten, die ihre Kenntnisse immer stärker in Politikfelder und damit in den gesellschaftlichen Alltag hineintrugen, sie prägten und umformten. Die Sozialwissenschaften avancierten international zu einer Leitwissenschaft für staatliche Institutionen, Parteien und Interessenverbände. Gleichzeitig war eine Politisierung von Wissenschaft und ihren Empfehlungen zu beobachten. Das Archiv für Sozialgeschichte (AfS) greift diese Entwicklungen im vorliegenden Band auf, analysiert – einer theoriegeleiteten Sozial- und politischen Zeitgeschichte verpflichtet – die institutionelle Verankerung, Handlungsmuster und Strategien von maßgeblichen Akteuren in Wissenschaft und Politik und richtet den Blick nicht zuletzt auf die krisenhaften 1970er Jahre, als die Widersprüchlichkeit wissenschaftlichen Wissens vermehrt Skepsis hervorrief und die Politik angesichts wenig erfolgreicher Projekte in eine Legitimationskrise brachte respektive diese verstärkte.

Diese noch recht grobe Chronologisierung folgt der vierstufigen Phaseneinteilung, die Lutz Raphael für die »Verwissenschaftlichung des Sozialen«¹ im 19. und 20. Jahrhundert insbesondere für das Deutsche Reich beziehungsweise die Bundesrepublik Deutschland vorgenommen hat. Große Bedeutung für die erste Phase besaß die Gründung des »Vereins für Socialpolitik« 1872/73, mit der sich die neuartige Einflussnahme von als Experten auftretenden Wissenschaftlern auf Politik institutionalisierte. Charakteristisch war zudem das Bemühen, der »sozialen Frage« des 19. Jahrhunderts mit der Erhebung von umfangreichen und validen sozialstatistischen Daten zu begegnen. Die zweite Phase der Verwissenschaftlichung lässt sich ungefähr auf die Jahre 1880 bis 1930 datieren und markiert die Etablierung der Sozialwissenschaften als neue Disziplin bei der in erster Linie politischen Aufgabe der Entwicklung des Sozialstaats. Neben die fachliche Expertise von außen trat die zunehmende Durchdringung staatlicher Verwaltungen mit wissenschaftlich ausgebildetem Personal. Die in den 1930er Jahren beginnende dritte Phase hatte ihre stärkste Ausprägung in den 1950er bis 1970er Jahren, als die empirische Sozialforschung als Königsweg zur Beschaffung von sozialwissenschaftlichen Informationen galt.² Mit dieser teilweise zur Erhöhung der US-amerikanischen Kampfkraft im Zweiten Weltkrieg verfeinerten Methode ließen sich gesellschaftliche Prozesse und zukünftige Entwicklungen scheinbar wissenschaftlich exakt messen und vorhersagen. Der weit verbreitete Eindruck, dass Politik und sozialer Fortschritt nunmehr planbar seien, verstärkte sich mit der Vervielfältigung der Massenkonsumoptionen und dem in der parlamentarischen Demokratie vermeintlich beliebig fortsetzbaren Ausbau des Wohlfahrtsstaats. Allerdings zeigten sich in der vierten Phase der

1 Lutz Raphael, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: GG 22, 1996, S. 165–193, hier: S. 171 ff.

2 Vgl. Christoph Weischer, Das Unternehmen »Empirische Sozialforschung«. Strukturen, Praktiken und Leitbilder der Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland, München 2004. Beispielsweise ermöglichte es die Demoskopie den Parteien, sich jenseits des Wahltags immer präziser über politische Präferenzen und Stimmungen zu informieren, doch auch die Wählerschaft besitzt mittlerweile ein anderes Wissen über die Politik und das Parteiensystem als noch vor 50 Jahren. Vgl. Anja Kruke, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990, Düsseldorf 2007.

Verwissenschaftlichung von Politik, spätestens mit der Beschneidung finanzieller Ressourcen ab der Ölkrise 1973/74, nicht allein die ökonomischen Grenzen dieses umfassenden sozialplanerischen Ansatzes. Bis heute ist gerade im Vorfeld tief greifender Entscheidungen eine »Kultur der Gutachten und Gegengutachten«³ zu erleben. Dieser auch massenmedial inszenierte Streit der Experten verweist zum einen auf die Beharrungskraft tradierter gesellschaftlicher Strukturen und beratungsresistenter Institutionen. Zum anderen wirft er die grundsätzliche Frage auf, ob und gegebenenfalls inwieweit eine durchweg als rationales Handeln verstandene »wissenschaftliche« Politik überhaupt möglich ist.

Wie diese langen Entwicklungslinien der Verwissenschaftlichung am Beispiel der Sozialpolitik verdeutlichen, wirkten Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander.⁴ Mitchell G. Ash beschreibt in seinem grundlegenden Beitrag für diesen Band die ständige Wechselwirkung dieser beiden gesellschaftlichen Sphären im 20. Jahrhundert. Um geschlossene Systeme im Sinne von Niklas Luhmann und seinem Diktum »hier Wahrheit, dort Macht« handelt es sich jedenfalls nicht⁵, zumindest besitzen sie feste strukturelle Kopplungen: Sowohl die Human- als auch die Naturwissenschaften waren und sind vielmehr auf vielfältige Weise mit der Politik verwoben⁶, wobei die wechselseitig genutzten Ressourcen kognitiver, apparativer, personeller, institutioneller, rhetorischer oder ideologischer Art sein konnten und dieses interaktionistische Verhältnis seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts immer wieder gravierende Veränderungen erfahren hat. Wissenschaftliche Ansätze wurden in den politischen Prozess hineingetragen und politik- oder praxisrelevante Fragestellungen gelangten in die Wissenschaft. Dem Soziologen Peter Weingart zufolge ging die Verwissenschaftlichung von Politik auf diese Weise erstens auf thematischer Ebene mit einer Politisierung von Wissenschaft einher, ohne dass eine Sphäre jedoch in der anderen gänzlich aufgegangen wäre. Wie nicht zuletzt die oben nur knapp erwähnte Geschichte der Sozialpolitik vor Augen führt, ließen sich wissenschaftliche Inhalte und Erkenntnisse sowie deren Produzenten gleichermaßen für diktatorische wie für demokratische Ordnungsmodelle mobilisieren, was in einem zweiten Sinne ebenfalls als Politisierung verstanden werden kann. Diese »politische Multivalenz« (Ash) allein auf Karriereabsichten oder eigennützige finanzielle Interessen der beteiligten Akteure in den Wissenschaften und desgleichen in der Politik zurückzuführen, wäre zu einseitig. Wesentlich fruchtbarer als ein derart monokausaler Erklärungsansatz ist ein prinzipiell offenes, vom wechselseitigen Ressourcenbegriff geprägtes Wissenschafts- und Politikverständnis, wie es auch dem vorliegenden Band zugrunde liegt. In dieser Sichtweise verlieren die sich wandelnden politischen Gesinnungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zwar nicht völlig an Bedeutung, treten aber ebenso wie vermeintliche ideologische Affinitäten bestimmter Disziplinen und Forschungsansätze in den Hintergrund. Zu fragen ist damit stets, welche Ressourcen aus der Wissenschaft beziehungsweise der Politik von wem, zu welchem Zeitpunkt, unter welchen Bedingungen, mit welchem Zweck und auf wessen Kosten zur praktischen Verwirklichung politischer oder wissenschaftlicher Projekte eingesetzt wurden.⁷

3 *Raphael*, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen, S. 178.

4 *Mitchell G. Ash*, Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, in: *Rüdiger vom Bruch/Britte Kaderas* (Hrsg.), *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik – Bestandaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2002, S. 32–51.

5 *Niklas Luhmann*, *Die Wissenschaft der Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1992; vgl. hierzu *Wilfried Rudloff*, Politikberatung als Gegenstand historischer Betrachtung. Forschungsstand, neue Befunde, übergreifende Fragestellungen, in: *Stefan Fisch/ders.* (Hrsg.), *Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in historischer Perspektive*, Berlin 2004, S. 13–57, hier: S. 48 f.

6 Vgl. auch *Raphael*, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen, S. 165 f.

7 Vgl. den Beitrag von *Mitchell G. Ash* in diesem Band; *Raphael*, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen, S. 176; *Peter Weingart*, Verwissenschaftlichung der Gesellschaft – Politisierung der Wissenschaft, in: *Zeitschrift für Soziologie* 12, 1983, S. 225–241.

Folglich muss eine fundierte historische Analyse von Verwissenschaftlichungsprozessen mehr bieten als die Geschichte einzelner Wissenschaftsdisziplinen und ihrer Anwendungsfelder in der Politik. Einerseits war mitunter ein langer Weg von disziplinären Forschungszusammenhängen bis zur politischen Verwendung wissenschaftlichen Wissens zurückzulegen, was mit Übersetzungsleistungen und Umdeutungen von spezialisierten Konzepten verbunden sein konnte.⁸ Überdies geraten systemverändernde gesellschaftliche Basisprozesse in den Blick. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Bürokratisierung, Professionalisierung, Sozialdisziplinierung und Säkularisierung des öffentlichen wie – zumindest bis zu einem gewissen Grad – auch des privaten Lebens.⁹ Auf der anderen Seite verlangt ein solches geschichtswissenschaftliches Vorhaben nach fallabhängigen Differenzierungen, was mit der zunächst verhältnismäßig unspezifischen Rede von der Politik jeweils gemeint ist. Die im Folgenden zu lesenden Beiträge präsentieren sowohl elaborierte Studien und Forschungsprogramme zu diktatorischen Regimen wie der Sowjetunion (Mitchell G. Ash, Egle Rindzeviciute), NS-Deutschland (Ash, Ariane Leendertz) und der DDR (Ash, Christiane Reinecke) als auch zu weitestgehend demokratisch verfassten Systemen wie dem bundesrepublikanischen (Ash, Leendertz, Elke Seefried, Tim Schanetzky, Wilfried Rudloff, Roderich von Detten, Johannes Platz), der Schweiz (Martin Lengwiler), Großbritannien (Kerstin Brückweh), den USA (Torben Lütjen) und der Türkei (Heinrich Hartmann). Auf diese Weise ergeben sich diachrone und synchrone Vergleichsperspektiven über politische Systembrüche hinweg, auch der Aspekt des transnationalen Wissenschaftstransfers¹⁰ im Interesse von Politik wird beleuchtet. Wie die Aufsätze darlegen, beeinflussten verschiedene Formen von Verwissenschaftlichung die Gestaltung und Vorstellungen von politischen Prozessen und Verfahren (*politics*). Zudem loten mehrere Autorinnen und Autoren über die sich wandelnden Handlungsmuster und Strategien von Akteuren hinaus aus, welche Auswirkungen hinsichtlich der *policy*-Dimension konstatiert werden können, das heißt, inwiefern Verwissenschaftlichungsprozesse die inhaltliche Schwerpunktsetzung und Ausrichtung von Politik verändert und womöglich sogar Impulse für neue Themenbereiche gegeben haben. Am schwierigsten zu beantworten ist schließlich zweifelsohne die komplexe Frage, ob Verwissenschaftlichung auf die historisch gewachsene normative Ordnung und institutionelle Verfasstheit politischer Systeme (*polity*) gewirkt hat.¹¹

Auffällig ist auf jeden Fall der »deklamatorisch[e] Wissenschaftsbezug«¹² von Politik. Das gilt vor allem für die in diesem AfS-Band besonders in Augenschein genommene Zeit nach 1945, in der sich die Beziehung der beiden Sphären weiter und in neuen Formen ausprägte. Zum einen resultierte dies aus der signifikanten Zunahme des verfügbaren Wissens. Es drang bei fortschreitender Individualisierung als wichtigste Ressource für Innovation und Wachstum im Laufe des 20. Jahrhunderts in sämtliche Lebens- und Handlungsbereiche moderner Gesellschaften vor. Das Ergebnis war nicht ein geschlossenes Wissenssystem, sondern die Herausbildung fragmentierter epistemischer Räume. Unterschiedliche Wissensbestände und Handlungslogiken existierten mehr oder weniger unverbunden ne-

8 Anlässlich der aktuellen Diskussion über die Validität der Quellen für den Weltklimabericht vgl. dazu *Jeanne Rubner*, Verdichtung und Wahrheit. Über das Verhältnis von Politik und Wissenschaft, in: *Süddeutsche Zeitung*, 4.2.2010, S. 13.

9 Dies hat bereits Lutz Raphael hervorgehoben. Zudem hat er darauf hingewiesen, dass Wissenschaft auch jenseits von Politik, speziell in universitären Kontexten, eine vergleichsweise autonome Entwicklungsdynamik entfalten kann. Vgl. Raphael, *Die Verwissenschaftlichung des Sozialen*, S. 179 ff. Allerdings können Universitäten und andere Forschungsinstitute durchaus nicht als vollkommen politikfreie Räume gelten.

10 Vgl. hierzu vor allem den Beitrag von Heinrich Hartmann in diesem Band.

11 Zur Politikfeldanalyse vgl. exemplarisch *Klaus Schubert/Nils C. Bandelow* (Hrsg.), *Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0*, 2., vollst. überarb. u. erw. Aufl., München/Wien 2009 (zuerst 2003); sowie den Beitrag von Wilfried Rudloff in diesem Band.

12 *Raphael*, *Die Verwissenschaftlichung des Sozialen*, S. 181.

beneinander.¹³ Zum anderen befriedigte die Verwissenschaftlichung die vielgestaltige Nachfrage und Anforderungen vonseiten der Politik. In Anbetracht komplizierter, vermehrt global bedingter Problemkonstellationen, des beschleunigten technischen und sozialen Wandels, der wachsenden Verrechtlichung und Spezialisierung in den sich immer weiter ausdifferenzierenden Wissensgesellschaften versprach sie den – unter medialer Beobachtung stehenden – politisch Verantwortlichen nicht bloß Entscheidungssicherheit, Legitimation und Glaubwürdigkeit, sondern konnte darüber hinaus mit einem Professionalisierungsschub und höheren Realisierungschancen für politische Vorhaben verbunden sein. Auf der einen Seite erleichterte Verwissenschaftlichung den Politikerinnen und Politikern (beziehungsweise Regierungen, Fraktionen und Parteien) verantwortungsbewusstes Handeln. Einen hohen Stellenwert besaß und besitzt jedoch andererseits deren Bestreben, die Richtigkeit und Angemessenheit von Entscheidungen, die stets auch subjektive und machstrategische Züge tragen, gegenüber dem Wahlvolk »wissenschaftlich« bestätigt zu bekommen.¹⁴

Bezogen auf die Sozialwissenschaften hat Lutz Raphael auf die »dauerhafte Präsenz« von »Experten, ihrer Argumente und Forschungsergebnisse in Verwaltungen und Betrieben, in Parteien und Parlamenten, bis hin zu den alltäglichen Sinnwelten sozialer Gruppen, Klassen oder Milieus«¹⁵ aufmerksam gemacht. Diese Beobachtung lässt sich verallgemeinern und auf nahezu alle Wissenschaften ausweiten. Abhängig vom herrschenden System, jedoch auch politische Zäsuren überdauernd, erlangten seit dem späten 19. Jahrhundert verschiedene Disziplinen den nirgends offiziell festgeschriebenen, letztlich fluiden Status einer Art Leitwissenschaft, welche für eine bestimmte Zeit öffentlich präsent war und deren Theorien und Sprache in andere Lebensbereiche als die unmittelbar disziplinär zugeordnete Sphäre einsickerten. Zugleich wuchsen sowohl die gesellschaftlichen Erwartungen an die Wissenschaft als auch der Anspruch der in diesem System agierenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die jeweils zeitbedingten dominanten Fragestellungen und Probleme aufgrund ihrer mutmaßlich robusten Fach-, Urteils- und Entscheidungskompetenz adäquat und lösungsorientiert bearbeiten zu können, was ideologische Instrumentalisierungen und freiwillige Indienststellungen keinesfalls ausschloss.¹⁶

13 Vgl. *Margit Szöllösi-Janze*, Wissensgesellschaft in Deutschland. Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse, in: GG 30, 2004, S. 277–313; sowie, neben anderen, die Beiträge von Ariane Leendertz und Heinrich Hartmann in diesem Band.

14 Vgl. *Peter Weingart*, Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Medien und Wirtschaft in der Wissensgesellschaft, Weilerswist 2001; *Szöllösi-Janze*, Wissensgesellschaft in Deutschland; *Jakob Vogel*, Von der Wissenschafts- zur Wissensgeschichte. Für eine Historisierung der »Wissensgesellschaft«, in: GG 30, 2004, S. 639–660; zur »dunklen Seite« der Wissensgesellschaft vgl. *Ulrich Bröckling/Thomas Lemke/Susanne Krasmann* (Hrsg.), Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main 2000; für einen knappen Überblick zur politologischen Sicht: *Göttrik Wewer*, Politikberatung und Politikgestaltung, in: *Schubert/Bandelow*, Lehrbuch der Politikfeldanalyse, S. 361–390; analytisch schwächer und wenig hilfreich ist hingegen das schmale Buch von *Svenja Falk/Andrea Römmele*, Der Markt für Politikberatung, Wiesbaden 2009; als Fallstudie anhand eines bestimmten Politikfelds vgl. darüber hinaus *Christina Boswell*, The Political Uses of Expert Knowledge. Immigration Policy and Social Research, Cambridge 2009; sowie den Beitrag von Roderich von Detten in diesem Band.

15 *Raphael*, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen, S. 166.

16 Vgl. *Ronald Hitzler*, Wissen und Wesen des Experten. Ein Annäherungsversuch, in: *ders./Anne Honer/Christoph Maeder* (Hrsg.), Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit, Opladen 1994, S. 13–30; *Heinz Hartmann/Marianne Hartmann*, Vom Elend der Experten: Zwischen Akademisierung und Deprofessionalisierung, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 34, 1982, S. 193–223; sowie für ausgewählte Politikbereiche exemplarisch *Alexander Nützenadel*, Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949–1974, Göttingen 2005; *Benjamin Ziemann*, Katholische Kirche und Sozialwissenschaften 1945–1975, Göttingen 2007.

Es wäre speziell für die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg zu kurz gegriffen, die lange nicht prominente Figur des Experten lediglich als bloßen Agenten einer bestimmten Wissenschaft zu verstehen, der seine Weltsicht und fachlichen Erkenntnisse auf nicht-akademische Zusammenhänge und Akteure mehr oder weniger offensiv überträgt. Vielmehr lohnt sich im Einklang mit dem vorgestellten Ressourcenmodell die genauere Betrachtung der wechselseitigen Allianzen zwischen Wissenschaft und Politik, zumal der involvierten Institutionen und Organisationen, der Expertenkulturen (*epistemic cultures*), ihrer soziokulturell geprägten Verhaltensformen und Praktiken sowie der auf unterschiedlichen Ebenen maßgeblichen Akteursnetzwerke.¹⁷ Die Verwissenschaftlichung von Politik umfasst weitaus mehr als schlichte, monodirektionale Politikberatung, ist aber am ehesten empirisch in der im weitesten Sinne beratenden Funktion von Politik zu erfassen. Wissenschaftliche Expertise kann politikintern im Rahmen der Ressortforschung erarbeitet oder von externen Dienstleistern aus Universität, außeruniversitären staatlichen Einrichtungen und kommerziellen Forschungsinstituten, wie zum Beispiel der 1959 gegründeten Prognos AG¹⁸, zur Verfügung gestellt werden. Die solcherart entstandenen Bestandsaufnahmen, Studien und Prognosen können als ›große Entwürfe‹ gedacht sein oder Detailthemen ohne nennenswerte gesamtgesellschaftliche Relevanz auf der Mikroebene fokussieren. Im besten Fall bieten sie Orientierung für die Politikgestaltung in einer unübersichtlicher werdenden Gesellschaft, was auch für Interessenverbände relevant ist.¹⁹ Zuweilen sind die Grenzen zwischen sozialtechnokratischer Ideologie²⁰, pragmatischer, anwendungskompatibler Wissenschaft und bloßem Sachverstand allerdings fließend.²¹

Die Bundesrepublik Deutschland erlebte ähnlich wie andere Industriestaaten ab den 1960er Jahren einen markanten Aufschwung der Wissenschaftsgläubigkeit, die sich – gleichsam als Ersatz für tradierte politische Ideologien – mit einer umfassenden Planungsbegeisterung verband. Die Zukunft schien aufgrund (sozial-)wissenschaftlicher Modelle und dank technologischer Innovationen vorhersagbar zu sein, die seit dem ›Wirtschaftswunder‹ nach dem Zweiten Weltkrieg anhaltende ökonomische Prosperität war vermeintlich beliebig aufrechtzuerhalten.²² Zu Beginn der sozial-liberalen Koalition fungierte das Kanzleramt als Folge dieser Entwicklung faktisch als Bundesplanungszentrale (Michael Ruck). Der SPIEGEL porträtierte 1971 den Amtschef Horst Ehmke in einer ausführlichen

17 Zur Abgrenzung dieses Konzepts vom Begriff der »epistemischen Gemeinschaften« (*epistemic communities*) vgl. insbesondere den Beitrag von Martin Lengwiler in diesem Band; die spezifischen Expertenkulturen bei der bundesrepublikanischen Psychiatriereform analysiert Wilfried Rudloff.

18 Diese erste große Beratungsfirma, die sich auf den öffentlichen Sektor spezialisierte, wird zusammen mit anderen Einrichtungen im Beitrag von Elke Seefried in diesem Band untersucht.

19 Vgl. etwa den Beitrag von Johannes Platz in diesem Band, der die Zusammenhänge zwischen sozialwissenschaftlicher Expertise und gewerkschaftlicher Politik skizziert.

20 Vgl. Thomas Etzemüller (Hrsg.), *Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2009.

21 Vgl. Rudloff, *Politikberatung als Gegenstand historischer Betrachtung*; Peter Weingart/Justus Lentsch, *Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland*, Weilerswist 2008; bereits früh hat Jürgen Habermas zwischen technokratischer, pragmatischer und dezisionistischer Politikberatung unterschieden: Jürgen Habermas, *Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung* [1963], in: *ders.*, *Technik und Wissenschaft als ›Ideologie‹*, Frankfurt am Main 1968, S. 120–145.

22 Zur boomenden »Zukunftsforschung« vgl. den Beitrag von Elke Seefried in diesem Band; facettenreiche Darstellungen und Analysen gesamtgesellschaftlicher Prozesse bieten zudem: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammer (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in der Entwicklung der beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000; Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn 2003.

Titelgeschichte als »Der Macher«²³, aus dessen Kopf sich als Symbol der sich durchsetzenden Computerisierung ein meterlanger Lochstreifen wand. Infolge eines solchen »wissenschaftlich« gefärbten Politikverständnisses, das gesellschaftliche Probleme und politische Handlungsalternativen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene planend zu antizipieren gedachte, explodierte die Zahl der Beratergremien und Expertenkommissionen im Umfeld von Regierung, Parlament und Parteien.²⁴ Im Jahr 1972 warnte der *Club of Rome*, bemerkenswerterweise auf der Grundlage eines Prognosemodells zur Simulation komplexer dynamischer Systeme, vor den »Grenzen des Wachstums«. Der naive Begriff ökonomischer Prosperität erwies sich als brüchig. Zur selben Zeit wurden allmählich die Aporien der Verwissenschaftlichung²⁵ und des sogenannten »wissenschaftlichen Regierens« auf verschiedenen Politikfeldern evident. Je mehr wissenschaftliche Stellungnahmen und Gutachten es gab, umso häufiger widersprachen sich diese mit bereits früher abgegebenen Empfehlungen. Die forcierte Verwissenschaftlichung hatte im Laufe der Zeit ihre Spuren hinterlassen. Anfangs verheißungsvolle Planungsbemühungen führten zu keinem brauchbaren Ergebnis oder endeten sogar im Chaos.²⁶ Vielfach waren nicht eine klare politische Strategie und Steuerung bestimmend, sondern es drängte sich der Eindruck eines planlosen »Herumprobierens« auf, was keineswegs den Ansprüchen der Bundesregierung entsprach. Vorbehalte gegen Beratung von außen und Eigendynamiken in der Verwaltung verschärfen diese Situation noch, ebenso wie die Ressortegoismen einzelner Ministerien. Darüber hinaus erwies sich die Politik aus der Sicht der »Beratungsindustrie« als allzu begrenzt aufnahmefähig. Hinzu kamen anhaltende Verständnisprobleme und Kompetenzstreitigkeiten zwischen Politikern und Wissenschaftlern.²⁷

Diese Planungsenttäuschungen und nicht zuletzt die massive Rezession der 1970er Jahre sensibilisierten eine breitere Öffentlichkeit für die Fragilität wissenschaftlichen Wissens, beschädigten das bisher überwiegend positive Wissenschaftsverständnis und insbesondere die Legitimation wissenschaftsgeleiteter Politik. Unter den veränderten politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen fungierten die Sozialwissenschaften nicht mehr zwingend als Leitwissenschaft. Dieser Wechsel zum »Normalbetrieb« (Christoph Weischer) hing eng mit den knapperen finanziellen Ressourcen für entsprechende Forschungseinrichtungen und -programme zusammen. Zugleich entwickelte sich Nichtwissen zu einem konstanten Bestandteil der erkennbar werdenden Risikogesellschaft, während die Verwissenschaftlichung der nun kritisch betrachteten Verwissenschaftlichungsprozesse bereits zeitgenössisch einsetzte.²⁸

23 Der Macher, in: Der SPIEGEL, 1.2.1971, S. 28–42; als Versuch einer Synthese vgl. jetzt *Benjamin Seifert*, Träume vom modernen Deutschland. Horst Ehmke, Reimut Jochimsen und die Planung des Politischen in der ersten Regierung Willy Brandts, Stuttgart 2010.

24 Vgl. *Winfried Süß*, »Wer aber denkt für das Ganze?«. Aufstieg und Fall der ressortübergreifenden Planung im Bundeskanzleramt, in: *Frese/Paulus/Teppe*, Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch, S. 349–377; *Gabriele Metzler*, Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn 2005; weiter zurückgehend *Dirk van Laak*, Planung. Geschichte und Gegenwart des Vorgriffs auf die Zukunft, in: GG 34, 2008, S. 305–326; *Heinrich Hartmann/Jakob Vogel* (Hrsg.), Zukunftswissen. Prognosen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seit 1900, Frankfurt am Main 2010, S. 7–32.

25 Diese Begriffsbildung lehnt sich an den Beitrag von Tim Schanetzky in diesem Band an.

26 Zu ähnlichen Phänomenen in den USA vgl. den Beitrag von Torben Lütjen in diesem Band.

27 Vgl. *Heinz Gerhard Haupt/Jörg Requate* (Hrsg.), Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Weilerswist 2004; *Konrad H. Jarausch* (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008; *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael*, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008; *Thomas Raithel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching* (Hrsg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009.

28 Vgl. *Weischer*, Das Unternehmen »Empirische Sozialforschung«, S. 367 ff.; *Ulrich Beck*, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986; *ders./Wolf-*

Angesichts der starken Kontrolle von Wissenschaft, Medien und weiterer Öffentlichkeit scheint es sich bei der Sowjetunion und der DDR, verglichen mit demokratischen Staaten, um Sonderfälle gehandelt zu haben. Tatsächlich ist für diese diktatorischen Systeme eine Tendenz zu ideologischer Forschung zu erkennen. Doch auch hier wurden kybernetische Modelle im Glauben an deren Wissenschaftlichkeit eingesetzt, um gesellschaftliche Prozesse möglichst genau zu prognostizieren. Auf diese Weise sollte vor allem die Leistungsfähigkeit der Planwirtschaft erhöht werden. Das Bemühen um eine bessere Steuerbarkeit der Wirtschafts- und Sozialpolitik zielte – trotz aller Repressionen und zunehmender Ignoranz bei den Machthabern – jedoch letztlich auch darauf, die soziale Zufriedenheit der Bevölkerung in der staatssozialistischen Gesellschaft zu heben.²⁹

Eng verknüpft mit den am Beispiel der Bundesrepublik beschriebenen Planungsenttäuschungen und irritierenden Erfahrungen traten die ökonomischen Aspekte der Verwissenschaftlichung deutlicher zutage. Wie die Beiträge des vorliegenden Bandes für ausgewählte Politikfelder und unterschiedliche Konstellationen zeigen, richtete sich die Auswahl wissenschaftlicher Fragestellungen, Methoden und Erkenntnisinteressen oftmals nach dem Angebot oder zumindest der realistischen Chance einer Finanzierung durch staatliche Institutionen, Parteien und Interessenverbände. Diese Form der Auftragsforschung war für die wirtschaftliche Existenz von kommerziellen Forschungsinstituten unerlässlich. Außerdem passte sich wissenschaftliche Forschung entsprechend dem interaktionistischen Ressourcenmodell an die tendenziell episodenhaften, an Legislaturperioden orientierten Zeithorizonte von Politik an, indem sie projektförmige Designs und Arbeitsabläufe bevorzugte.³⁰ Die Möglichkeit eines bestenfalls lukrativen Folgeauftrags wurde dabei vielfach von Beginn an mitbedacht oder sogar gezielt herbeigeführt. Wissenschaftliche Expertinnen und Experten definierten Probleme, bemühten sich, diese auf die politische Agenda zu setzen, um für ihre Lösung um Rat gefragt und bezahlt werden zu können. Mit dem von Max Weber entlehnten Selbst- und Fremdbild einer wertfrei und damit »unpolitisch« arbeitenden Wissenschaft, das ohnehin eine Schimäre ist³¹, ließ sich das nur schwerlich in Einklang bringen. Zu diesem Beziehungsgeflecht gehört auch das Phänomen, dass Akteure der Politik in die wissenschaftliche Sphäre respektive gelegentlich Wissenschaftler in politische Ämter und Funktionen wechselten, wobei die fortschreitende Akademisierung von Politikerinnen und Politikern den ersteren Vorgang erleichterte.³²

Das Ringen um mediale Aufmerksamkeit hatte ebenfalls in erster Linie ökonomische Hintergründe. Zum einen spielten die Zeitungen, Magazine, Radio- und vornehmlich Fernsehsendungen eine aktive Rolle bei der Inszenierung von Expertenauseinandersetzungen über politische Themen und Problemstellungen in der Wissensgesellschaft. Für

gang Bonß, Verwissenschaftlichung ohne Aufklärung? Zum Strukturwandel von Sozialwissenschaft und Praxis, in: *dies.* (Hrsg.), *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens*, Frankfurt am Main 1989.

29 Vgl. die Beiträge von Egle Rindzeviciute und Christiane Reinecke in diesem Band; sowie *André Steiner*, Wissenschaft und Politik. Politikberatung in der DDR?, in: *Fisch/Rudloff*, *Experten und Politik*, S. 101–125; für eine unter anderem deutsch-deutsche Vergleichsperspektive: *Haupt/Requate*, *Aufbruch in die Zukunft*.

30 Vgl. den Beitrag von Mitchell G. Ash in diesem Band mit seinem Hinweis auf diesbezügliche Überlegungen von Niklas Luhmann.

31 *Max Weber*, Der Sinn der »Wertfreiheit« der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften [1917], in: *ders.*, *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, hrsg. v. *Johannes Winckelmann*, Tübingen 1968, S. 489–540; mit Bezug auf Weber etwa auch *Tobias Haberkorn*, Welt der Sachzwänge. Was haben die Wissenschaften der Politik voraus?, in: *Süddeutsche Zeitung*, 20.10.2009, S. 12.

32 Vgl. *Werner Jann*, Wissenschaftler in der Regierung – Advokaten der Verwissenschaftlichung der Politik?, in: *Axel Murswieck* (Hrsg.), *Regieren und Politikberatung*, Opladen 1994, S. 159–173; *Rudloff*, *Politikberatung als Gegenstand historischer Betrachtung*, S. 50.

die mit und in der Politik agierenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler konnten solche Berichterstattungen zur Imagepflege dienen und mit einem Ansehensgewinn in der politischen Sphäre und bei der interessierten Öffentlichkeit einhergehen. Als mittelbare Folge flossen dann womöglich neue Forschungsgelder. Während in der Bevölkerung das Misstrauen gegenüber – zum Teil selbsternannten – Fachleuten sowie der Gestaltungskraft und Realitätstüchtigkeit von Wissenschaft erheblich wuchs³³, entwickelten manche Expertinnen und Experten ein durchaus eitel zu nennendes Sendungsbewusstsein und verfolgten eigennützig ihre Profilierungsinteressen, was zu der spannenden, aber in diesem Band nicht zu klärenden Frage führt, ob Wissenschaftler letztlich nicht bloß Lobbyisten mit speziellem Anspruch sind.

Ein zusammenfassender Blick auf die Verwissenschaftlichung von Politik und die Politisierung von Wissenschaft im 20. Jahrhundert mit besonderem Augenmerk auf die Zeit nach 1945 macht die Ambivalenzen und Paradoxien dieser in diktatorischen wie demokratischen Systemen zu beobachtenden komplexen Prozesse deutlich.³⁴ Wissenschaftliches Wissen ist seit den 1970er Jahren nicht mehr mit einem bedingungslosen Fortschrittsversprechen verbunden, und in der Bevölkerung machte sich hinsichtlich der Politikberatung durch Expertinnen und Experten zunehmend Skepsis breit. Offensichtlich konnten sich Politik und Wissenschaft als Ressourcen füreinander nicht bloß sinnvoll beeinflussen und durch positive Errungenschaften für die Gesellschaft legitimieren, sondern auch gegenseitig delegitimieren, zumal wenn sich ohnehin bereits gegenläufige Beratungsmeinungen und die darauf folgenden politischen Reaktionen öffentlich sichtbar widersprachen. Die Legitimationskrise der ›verwissenschaftlichten‹ Politik hat bisher nicht zu einer grundlegenden Selbstreflexion in den so differenten, aber interdependenten Sphären von Wissenschaft, Politik und Medien geführt, was in historischer Perspektive eine begrenzte Lernfähigkeit in allen drei Bereichen unterstreicht. Allerdings kann die Verwissenschaftlichung politischer Entscheidungsprozesse durchaus noch immer Erfolge vorweisen, wie etwa an dem in diesem AfS-Band erörterten Beispielen der bundesdeutschen Psychiatriereform und der Debatte über das Waldsterben seit den 1980er Jahren abzulesen ist. Die Letztere gibt zudem Aufschluss über den Umgang mit Nichtwissen und Unsicherheit sowohl in der Wissenschaft als auch seitens der Politik in einer Situation mit Handlungszwang angesichts eines neuartigen, nicht exakt und zweifelsfrei zu erklärenden gesellschaftlichen Risikos.³⁵ Überdies ist es bemerkenswert, dass sich die aufgezeigten Verwissenschaftlichungsprozesse gerade in den als krisenhaft wahrgenommenen 1970er Jahren auf die entstehenden sozialen Bewegungen und andere gesellschaftliche Teilbereiche niederschlugen. Das Einfließen von Versatzstücken wissenschaftlicher Erkenntnisse in den Alltag und dessen Sprache³⁶ ist einerseits auf konkurrierende Macht- und gewachsene Partizipationsansprüche zurückzuführen. Andererseits kann es als Indiz für das Ankommen der Verwissenschaftlichung in einer pluralistischen Welt gedeutet werden, in der Akteure und soziale Gruppen ihre Interessen mit Hilfe wissenschaftlich inspirierter Argumente in einem kommunikativen Prozess durchzusetzen versuchen, womöglich dafür gezielt Wissen produzieren und die etablierte Gutachten/Gegengutachten-Kultur nichts Ungewöhnliches oder sogar Besorgniserregendes darstellt.³⁷

33 Vgl. schon den Hinweis von *Raphael*, *Die Verwissenschaftlichung des Sozialen*, S. 178.

34 Vgl. unter anderem *Werner Plumpe*, *Der Abschied von der Gesellschaft. Sozioökonomischer Strukturwandel und die Paradoxien des Wissens in den 1960er bis 1980er Jahren*, in: *Johannes Fried/Michael Stolleis* (Hrsg.), *Wissenskulturen. Über die Erzeugung und Weitergabe von Wissen*, Frankfurt am Main 2009, S. 103–124.

35 Vgl. die Beiträge von Wilfried Rudloff und Roderich von Detten in diesem Band.

36 Zu diesem Phänomen vgl. bereits *Raphael*, *Die Verwissenschaftlichung des Sozialen*, S. 191 f.

37 Vgl. *Volker Roelcke*, *Auf der Suche nach der Politik in der Wissensproduktion: Plädoyer für eine historisch-politische Epistemologie*, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 33, 2010, S. 176–192; und auch den Beitrag von Kerstin Brückweh in diesem Band.